

Einladung zur Wissenschaftlichen Tagung 1994 der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung

Kommunikation und Gesetzgebung

Rechtliche Normen müssen allgemein erkennbar und verständlich sein. Nur wenn sie diese Anforderungen erfüllen, können sie überhaupt wirksam werden. Die verständliche, adressatengerechte Formulierung von Erlassen und die adäquate Kommunikation normativer Inhalte gehören deshalb zu den wichtigsten Anliegen aller, die sich für die Verbesserung der Qualität der Gesetzgebung interessieren und einsetzen. Aus diesem Grund wird die Schweizerische Gesellschaft für Gesetzgebung ihre Wissenschaftliche Tagung 1994 dem Thema "Kommunikation und Gesetzgebung" widmen. Dieser Anlass soll Gelegenheit geben, auf Fragen der Lesbarkeit und Verständlichkeit normativer Texte einzugehen und insbesondere auch die Konsequenzen der sog. Verständlichkeitsforschung für die Redaktion normativer Texte zu erörtern. Dabei soll sowohl die Sicht der Normadressaten als auch jene der Erlassredaktoren und -redaktorinnen berücksichtigt werden.

Datum 6./7. Mai 1994 (gleichzeitig findet auch der Salon du Livre statt)

Ort: Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Genf,
102, boulevard Carl-Vogt, 1211 Genève 4

Organisation: Luzius Mader, Bundesamt für Justiz, 3003 Bern,
Tel. 031 / 322 41 02
Werner Hauck, Bundeskanzlei, 3003 Bern
Tel. 031 / 322 37 34

Für weitere Auskünfte und Anmeldungen: Hans Georg
Nussbaum, Bundesamt für Justiz, Tel. 031 / 322 41 44;
Sekretariat: Tel. 031 / 322 47 44, Fax 031 / 322 84 01.

Invitation pour la Journée scientifique 1994 de la Société suisse de législation

La communication législative

Nul n'est censé ignorer la loi. Par conséquent, les normes juridiques doivent être formulées et communiquées de manière à ce que, en principe, tout le monde puisse les connaître et les comprendre. Faute de quoi, elles ne pourraient pas produire les effets attendus. Une formulation intelligible de ces normes et une meilleure prise en compte de leurs destinataires, ainsi que la communication optimale de contenus normatifs font de ce fait partie des préoccupations majeures de toutes les personnes soucieuses de contribuer à l'amélioration de la qualité de la législation. Pour cette raison, la Société suisse de législation consacrera sa Journée scientifique 1994 au thème de la "communication législative". Cette journée donnera l'occasion d'aborder les questions de la lisibilité et de l'intelligibilité des textes normatifs et permettra notamment de discuter des leçons que les légistes peuvent tirer des travaux linguistiques récents sur l'intelligibilité des textes, ceci aussi bien dans l'optique des destinataires que dans celle des rédacteurs de ces normes.

Date: 6 et 7 mai 1994 (en même temps aura lieu le Salon du Livre)

Lieu: Faculté de droit de l'Université de Genève, 102, boulevard Carl-Vogt, 1211 Genève 4

Organisation: Luzius Mader, Office fédéral de la justice, 3003 Berne,
tél. 031 / 322 41 02
Werner Hauck, Chancellerie fédérale, 3003 Berne,
tél. 031 / 322 37 34

Pour des renseignements et pour les inscriptions s'adresser à: Hans Georg Nussbaum, Office fédéral de la justice, 3003 Berne, tél. 031 / 322 41 44; Secrétariat: tél. 031 / 322 47 44, Fax 031 / 322 84 01

Programme / Programm

vendredi, 6 mai / Freitag, 6. Mai 1994

14.00 Ouverture / Eröffnung

Direction / Leitung:

Prof. Charles-Albert Morand, Université de Genève

Exposés / Referate

François Richaudeau, Paris

La lisibilité des textes normatifs

Prof. Dietrich Busse, Universität Köln

*Verständlichkeit und Schwerverständlichkeit von
Gesetzestexten - ein Problem der Formulierungstechnik?*

Zu Möglichkeiten und Grenzen einer semantischen

Optimierung der Rechtssprache

Prof. Iwar Werlen, Universität Bern

*Verweisen und Verstehen - Zum Problem des inneren
Beziehungsgflechts in Gesetzestexten*

Discussion après chaque exposé

Diskussion nach den einzelnen Referaten

17.30 Assemblée générale de la Société suisse de législation
Mitgliederversammlung der Schweizerischen Gesellschaft
für Gesetzgebung

18.00 Apéritif

Samaedi, 7 mai / Samstag, 7. Mai 1994

09.00 Ouverture / Eröffnung

Direction / Leitung:
Annemarie Huber-Hotz, Generalsekretärin der
Bundesversammlung

Exposé / Referat

Prof. Thomas Fleiner-Gerster, Universität Freiburg
*Abbau der Regelungsdichte ohne Veränderung der
Entscheidungssubstanz*

Discussion (avec participation des conférenciers)
Diskussion (unter Mitwirkung der Referenten)

Conséquences pour la pratique législative en Suisse?
*Konsequenzen für die schweizerische
Gesetzgebungspraxis?*

12.00 Clôture / Schluss der Tagung
François Couchepin, Chancelier de la Confédération

Themis-Konferenz

Am Institut für Föderalismus in Freiburg in Ue. fand vom 27. bis 29. September 1993 eine Tagung über "Gesetzgebung im Rechtsstaat" statt. Diese Tagung, die im Rahmen des Kooperationsprogrammes "Themis" des Europarats für Ost- und Mitteleuropa durchgeführt wurde, richtete sich an Juristen aus 16 verschiedenen Ländern dieser Region. Die Teilnehmer, zum grössten Teil Beamte aus den für die Gesetzgebung zuständigen Verwaltungsstellen, konnten sich während drei Tagen mit diversen Aspekten der Gesetzgebung auseinandersetzen. Die ausgewählten Themen wurden jeweils von Gastreferenten behandelt und endeten in einer Diskussion.

Bereits in seiner Einführung wurde von Prof. Thomas Fleiner, Direktor des Instituts für Föderalismus, die Wichtigkeit und Bedeutung der Gesetzgebung im modernen Rechtsstaat hervorgehoben. Denn diese müsse nicht nur technisch korrekt und adäquat, sondern auch gerecht sein. Diese Gerechtigkeit lasse sich nicht, wie im Mittelalter über die königliche Autorität vom Willen Gottes ableiten oder nach dem Säkularisierungsprozess von einer abstrakten und auslegungsbedürftigen "volonté générale", sondern müsse vielmehr durch einen Ausgleich der verschiedenen und zum Teil widersprüchlichen in der Gesellschaft vorhandenen Interessen, gefunden werden. Dass dieser Interessenausgleich zu einem für alle Beteiligten bzw. Betroffenen zufriedenstellenden Ergebnis führe, müsse durch ein Verfahren gewährleistet sein, so Prof. Fleiner, dass alle Interessen berücksichtige. Somit ist das Gesetzgebungsverfahren als ein ganz wesentlicher Teil des Rechtsstaatsgedankens zu verstehen.

Das Gesetzgebungsverfahren wurde von Prof. Colin R. Munro von der Universität Edinburgh mit seinem Referat "Legislation as a government function" erläutert. Der sachliche und nüchterne Vortrag, aber nicht ohne einen gewissen englischen Humor, vermittelte einen guten und informativen Überblick, allerdings aus britischer Perspektive, über die verschiedenen Stadien - vorparlamentarische und eigentliche parlamentarische Phase - des Gesetzgebungsverfahrens.

Dann ging Prof. Fleiner zu gewissen Elementen der Rechtstechnik über. Die Gesetzgebung, durch eben ihren normativen Charakter, unterscheidet sich von den übrigen "Schreibaktivitäten" und weist somit gewisse Eigenheiten auf. Dass sich ein Gesetz bewähre, könne man daran erkennen, an wen sich die einzelnen Normen richten, welche Rechte oder Kompetenzen eingeräumt bzw. welche Pflichten oder Aufgaben auferlegt würden. Dass die Klarheit eines Gesetzes erst möglich sei, wenn man die betreffende Materie beherrsche, untermauerte der Referent mit dem Cato Wort "Rem tene verba sequuntur".

In seinem Vortrag "La loi, l'ordonnance et le règlement" stellte Prof. Patrice Gélard von der Universität le Havre und Rouen den Aufbau der Rechtsordnung mit französischer Präsenz und Brillanz dar. Sein Vortrag zeichnete sich durch eine kritische Wertung der Entwicklung der Rechtsordnungen anhand des Beispiels von Frankreich aus, die sich aber ohne weiteres auch auf andere Staaten extrapolieren liesse. Die Schwierigkeit, heutzutage zu einer Definition des Gesetzes im materiellen Sinne zu gelangen, die legislative Inflation und die Tendenz zu Hyperregulation mögen nur einige Stichworte zu diesem Symptomenkatalog der modernen Rechtsordnungen sein. Der Referent lässt sich aber in seinen Schlussworten nicht von diesen Entwicklungen entmutigen; im Gegenteil, er habe die feste Überzeugung, dass eine Rechtsordnung immer verbesserungsfähig sei, solange man sich auf gewisse Grundprinzipien, wie z.B. Blick für das Wesentliche und Bescheidenheit, zurückbesinne.

Wie sehr die sprachlichen Aspekte der Gesetzesschreibung mit dem Inhalt der Gesetze verbunden sind, zeigte sich am Vortrag von Herrn Werner Hauck von der Bundeskanzlei in Bern. Nach ihm seien die vielfach unverständlichen Gesetzestexte auf folgende Ursachen zurückzuführen. Zum einen sei der zunehmende Einfluss der Verwaltung auf das Gesetzgebungsverfahren zu nennen. Dieser drücke sich in einer Überbewertung der Verwaltungsinteressen und der Verwaltungsperspektive auf die Endergebnisse aus. Die Versuchung, auf eigene Erfahrung abgestützte, allgemeingültige Gesetze formulieren zu wollen, berge Gefahren in sich, die schwer im Gesetzgebungsverfahren auszuschalten seien. Die Folge davon seien Gesetzestexte, die manchmal nicht nur von einer gewissen Weltferne zeugten, sondern auch für die Adressaten unverständlich seien. Zum anderen seien politische Kompromisse, die dann diese Bezeichnung nicht verdienen, wenn Formulierungen so verwässert würden, dass jede

Partei sich noch darin zurechtfinden könnte, mitverantwortlich für die Unverständlichkeit mancher Gesetzestexte. Letztlich spielen die Beherrschung der Sprache und eine gewisse Bescheidenheit in der Formulierung eine nicht unwesentliche Rolle bei der Gesetzesredaktion. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, habe der Bund die Redaktionskommission der Schweizerischen Bundesverwaltung ins Leben gerufen. Auch wenn der Referent die Tätigkeit dieser Kommission für vermehrte Gesetzesklarheit nicht als die "alleinseligmachende" bezeichnen mochte, gelang es ihm mit seinem Vortrag, die positive Bilanz dieser Institution hervorzuheben.

Der Vortrag von Herrn Nicolas Schmitt, Mitarbeiter am Institut für Föderalismus, war der mehrsprachigen Gesetzesschreibung gewidmet. Mit dem Titel: "*La législation multilingue: une question politique plutôt que linguistique*" wurde eingangs klar, dass die besonderen Probleme, die sich in mehrsprachigen Ländern stellen, die die Gleichheit der Sprachen kennen, eigentlich nicht als blosse Übersetzungsübungen angesehen werden dürfen. Damit die verschiedenen Versionen auch in der Anwendung faktisch gleichermassen berücksichtigt würden, müssten alle Versionen bereits im Gesetzgebungsverfahren erstellt werden. Anhand des Beispiels des Kantons Bern und des Bundes konnte der Referent zwei Beispiele einer sogenannten parallelen Gesetzgebung aufzeigen.

Einem eigentlichen technischen Thema war der Vortrag von Prof. Meinhard Schröder von der Universität Trier über "Die Einwirkungen des internationalen Rechts auf das interne Recht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland" gewidmet. Das Schwergewicht dieses umfassend und genau abgefassten Vortrags lag auf den Einwirkungen des Rechts der Europäischen Gemeinschaften auf das nationale System. Auch wenn diese Einwirkungen tendentiell flächendeckend und von hoher Intensität seien, vermochte der Referent, trotz der damit verbundenen zunehmenden Einschränkung der Autonomie des nationalen Rechts, noch nicht deren Beseitigung erkennen. Das Schlussanliegen seines Vortrages ging dahin, dass, damit auch weiterhin die grundlegenden Verfassungsstandards bewahrt werden könnten, alle Juristen, und nicht nur Spezialisten des Gemeinschaftsrechts, so Prof. Schröder, zu "Wachsamkeit und konstruktiver Phantasie" aufgerufen seien.

Das letzte Referat mit dem Titel "Die Gesetzgebung in der direkten Demokratie" war einer typischen Schweizer Eigenart gewidmet. Prof.

Thomas Fleiner, der im letzten Moment für einen ausgefallenen Gastreferenten eintreten musste, ging auf das schweizerische Gesetzgebungsverfahren ein und zeigte, wie sich die Referendumsmöglichkeit des Volkes auf das ganze Verfahren auswirkt. Trotz seiner Zuneigung zur direkten Demokratie wollte der Referent nicht die Augen vor gewissen Problemen, wie Verbandseinfluss, Ungenauigkeit der Gesetze, Überforderung des Stimmbürgers, ...etc., verschliessen.

Die dreitägige Veranstaltung wurde von den Vertretern der ost- und mitteleuropäischen Ländern als durchaus positiv bewertet. Sie konnten durch die von hohem Niveau gezeichneten Referate ein nuanciertes Bild, auch wenn manchmal komplex, über die Gesetzgebungsaktivität in den westlichen Demokratien erhalten. Vielleicht hätte man eine grössere Beteiligung der Interessenten an den Diskussionen mit Einbringung eigener Erfahrungen erwartet. Aber die vom Europarat gewollte Behandlung der Teilnehmer als quasi offizielle Delegation ihrer Staaten war sicherlich eine nicht unwesentliche Hemmschwelle für die Entfaltung einer Diskussion mit primär wissenschaftlichem und nicht politischem Charakter.

ANTON R. GREBER, FREIBURG

Kongress und Jahresversammlung der Europäischen Gesellschaft für Gesetzgebung

Vom 9. bis 11. September 1993 hat in Lüttich der erste Kongress der Europäischen Gesellschaft für Gesetzgebung (EGG) stattgefunden. An der von Professor Paul Delnoy von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lüttich ausgezeichnet organisierten und vorbereiteten Veranstaltung (s. auch den in Heft 1992/2 abgedruckten Problemaufriss, der als Grundlage für die inhaltlichen Schwerpunkte diente) haben Referenten aus verschiedenen europäischen Ländern wertvolle Beiträge zu einzelnen Teilaspekten der Entwicklung einer Methodenlehre für die Gesetzgebungsarbeit vorgetragen und zur Diskussion gestellt.

Die Hauptthemen des Kongresses waren Problemen bei der Erarbeitung des normativen Inhalts (Referate von R. Wainwright und P. Delnoy), der Gesetzesredaktion (Referate von W. Dale und J.-L. Bergel), dem Prozess der Vorbereitung und Durchsetzung von Normen (U. Karpen und L. Mader), der Gesetzesevaluation (G. Regner) und der Ausbildung der Gesetzesredaktoren (A. Gwizdz und R. Bergeron) gewidmet. In Kurzbeiträgen und in zum Teil sehr ausführlichen Diskussionsvoten sind weitere Themen aufgegriffen worden, so namentlich die Verwendung von Computern bei der Gesetzesredaktion (B. Van Buggenhout), die Normeninflation (L. Wintgens) und die aktuellen Schwierigkeiten und Tendenzen bei der Vorbereitung einer neuen russischen Verfassung (V. Lafitsky). Die Diskussion bot im übrigen vor allem auch den Praktikern Gelegenheit, immer wieder an das Primat der Politik in der Gesetzgebung zu erinnern und auf die konkreten Probleme hinzuweisen, mit denen sie im Gesetzgebungsalltag konfrontiert sind.

Eine eigentliche Methodenlehre für die Erarbeitung von Erlassen steht natürlich auch nach diesem Kongress immer noch aus. Fortschritte in diesem Bereich brauchen Zeit. Die zahlreichen und verschiedenartigen Ansätze und Zugänge, die an diesem ersten Kongress der EGG entwickelt und diskutiert worden sind, erscheinen mir jedoch sehr vielversprechend. Sie liefern taugliche Grundlagen für Vertiefungen und Erweiterungen, die auch den besonderen institutionellen Gegebenheiten und

rechtlichen Traditionen der einzelnen Länder Rechnung tragen. Der Kongress bot - vielleicht zum ersten Mal - Gelegenheit, Gesetzgebungsprobleme aus sehr unterschiedlichen Sichtweisen (Länder mit Common-Law-Tradition, deutschsprachige und französischsprachige Länder, Skandinavien, süd- und osteuropäische Länder) zu betrachten; diese Tatsache haben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer als besonders wertvoll begrüsst.

Am Schluss des Kongresses fand die Jahresversammlung der Ende 1991 gegründeten Europäischen Gesellschaft für Gesetzgebung statt. Die Gesellschaft zählt gegenwärtig über 60 Mitglieder aus 28 Ländern, darunter verschiedene nationale Gesellschaften, die sich mit Gesetzgebungsfragen befassen. Präsident der EGG ist Prof. U. Karpen von der Universität Hamburg (Adresse: Schlüterstrasse 28, D-20146 Hamburg). Im kommenden Jahr sollen die Aktivitäten im Bereich der Beratung osteuropäischer Staaten bei der Umgestaltung ihrer Gesetzgebung weitergeführt werden. Geplant sind auch der Aufbau von Kursen (z.B. zu Fragen der Einführung internationalen Rechts in das nationale Recht sowie zur Redaktion normativer Texte) sowie der Aufbau einer bibliographischen Datenbank. Der nächste Kongress der Gesellschaft findet im Herbst 1994 in Rom statt; er wird sich insbesondere mit Problemen der Einführung internationalen Rechts in das nationale Recht befassen.

LUZIUS MADER, BERN

Le C2D se présente

1. Pourquoi un centre de documentation et de recherche sur la démocratie directe?

La démocratie directe est l'un des piliers de l'ordre constitutionnel, une constante de l'histoire et l'une des principales caractéristiques du système politique suisse. Elle marque profondément l'organisation et le fonctionnement de l'Etat, à chacun des niveaux de sa structure, à travers un large éventail d'institutions qui se rapportent tant au choix des personnes appelées à agir au nom de l'Etat que surtout aux nombreux actes par lesquels cet Etat s'exprime et agit. Elle institue ainsi des rapports particuliers entre les gouvernants et les gouvernés, permettant aux seconds de déterminer eux-mêmes sur quel objet et à quel moment les premiers ont à fournir la justification de leurs activités. Il n'est dès lors pas étonnant qu'il n'y ait guère de manifestation de la vie sociale, économique et politique du pays qui n'en soit affectée d'une façon ou d'une autre.

Et pourtant, la démocratie directe est souvent mal comprise, à bien des égards mal connue, parfois mal vue et surtout mal étudiée. En Suisse, tout le monde en parle et beaucoup s'en servent mais peu savent d'où elle vient et encore moins où elle va. De la glorification à l'ignorance, en passant par l'indifférence et le dénigrement, elle est l'objet des appréciations les plus diverses. Ses particularités cantonales et régionales sont inconnues ailleurs. A l'étranger, on lui porte un intérêt croissant, mais on a du mal à la saisir. A l'Université, on l'enseigne certes, mais au sein de facultés différentes (Droit, SES, Lettres) et sans pouvoir approfondir ni établir les liens nécessaires entre ses différents aspects. Il n'existe, en Suisse, aucun centre ou institut universitaire qui étudie, dans une perspective véritablement pluridisciplinaire, les dimensions juridiques, historiques et politologiques, théoriques aussi bien que pratiques, de la démocratie directe.

C'est afin de combler cette lacune que le Département de droit constitutionnel de l'Université de Genève, avec l'appui du Département d'histoire du droit, du Département d'histoire contemporaine et du Département de science politique, a créé, en février 1993, le Centre d'études et de documentation sur la démocratie directe, le C2D.

2. Les objectifs du C2D

Le C2D poursuit principalement les objectifs suivants:

- a) constituer une documentation complète, progressivement informatisée (banque de données), sur les institutions de démocratie directe en Suisse et à l'étranger;
- b) mener et encourager des recherches sur la démocratie directe dans une perspective pluridisciplinaire, l'accent principal étant mis sur ses aspects juridiques, de façon à enrichir et développer les enseignements portant sur la démocratie directe;
- c) mettre sur pied des colloques et des journées d'étude pour favoriser les échanges d'idées et de chercheurs dans le domaine de la démocratie directe;
- d) fournir des renseignements, avis et conseils aux collectivités publiques, institutions universitaires et au public tant en Suisse qu'à l'étranger sur la démocratie directe.

Le C2D opte résolument pour une approche interdisciplinaire de la démocratie directe. Le droit, la science politique et l'histoire notamment doivent mettre en commun les méthodes et les instruments de travail pour mieux connaître et faire connaître le développement et le fonctionnement des institutions de démocratie directe. Créé au sein du Département de droit constitutionnel, le C2D regroupe donc des enseignants et des chercheurs d'autres Départements et Facultés. Il se propose aussi de collaborer étroitement avec d'autres universités, instituts et centres en Suisse et à l'étranger.

Parmi les membres fondateurs du *C2D* figurent Jean-François Aubert, Andreas Auer, Jean-Daniel Delley, Alfred Dufour, Jean-Claude Favez, Michel Hottelier, Hanspeter Kriesi, Giorgio Malinverni, Charles-Albert Morand, William Ossipow, Thierry Tanquerel.

3. Etat actuel du développement du C2D

L'équipe du *C2D* a mis, dès le départ, l'accent sur le développement d'une banque de données sur la démocratie directe. Cette banque de données comportera des informations sur la Suisse (Confédération et cantons) ainsi que sur les pays étrangers connaissant des institutions de démocratie directe. Nous allons introduire les données sur les votations fédérales, cantonales et étrangères, les jurisprudences y relatives, les bases juridiques des différentes institutions et un large fichier bibliographique.

Au stade actuel, les chercheurs du *C2D* se trouvent dans la première phase de conceptualisation de cette banque de données, dont la programmation a déjà commencé. Nous espérons pouvoir mettre à disposition les premières données à partir d'automne 1994. L'avantage pour les chercheurs sera que notre banque de données pourra être, en principe, consultée depuis des PC's ou des Macintoshs quelque soit l'endroit où ils se trouvent. Nous ferons en sorte que les recherches au sein de cette application ne demandent que très peu de connaissances en informatique.

Nous allons commencer, à partir de décembre de cette année, avec l'insertion des données fédérales que nous avons récoltées durant ces premiers mois. En ce qui concerne la démocratie directe au niveau cantonal, aucune compilation de données n'existe en Suisse à l'heure actuelle. Le *C2D* s'est fixé comme but de combler cette lacune en récoltant et en introduisant ces données importantes. En parallèle, nous allons également introduire des données américaines, et plus particulièrement celles provenant de la Californie. En effet, nos chercheurs ont pu établir des nombreux contacts en Suisse, ailleurs en Europe ainsi qu'aux Etats-Unis. Ces contacts nous permettront de garder notre banque de données à jour.

Au chapitre des manifestations scientifiques, le C2D a pris l'initiative d'organiser un colloque pluridisciplinaire sur l'histoire de la démocratie directe, colloque qui aura lieu au printemps 1995 à Genève.

Le C2D tient à cet endroit à remercier tout es les personnes, organismes et administrations qui nous ont déjà assuré leur collaboration. En même temps nous aimerions remercier d'avance ceux qui entendent collaborer avec notre centre dans l'avenir!

Das C2D stellt sich vor

1. Wozu braucht es ein Forschungs- und Dokumentationszentrum Direkte Demokratie?

Die direkte Demokratie ist eines der wichtigsten Strukturelemente der schweizerischen Bundesverfassung, ein Meilenstein unserer Geschichte und ein Eckpfeiler des politischen Systems der Schweiz. Sie beeinflusst unmittelbar den funktionellen Aufbau des Staates und prägt entscheidend seine gesamte Tätigkeit auf allen hierarchischen Ebenen. Sie wirkt auf das ganze Spektrum der Institutionen und betrifft nicht nur die Wahl der verschiedensten Staatsorgane, sondern auch eine Vielzahl von Sachentscheiden, welche von diesen Organen zu treffen sind. So entstehen zwischen Regierenden und Regierten ganz spezifische Abhängigkeiten, welche es im allgemeinen den Regierten überlassen, in eigener Entscheidung den Zeitpunkt und die Geschäfte zu bestimmen, zu welchen sich die Regierenden vor dem Volk in ihrer Amtsführung zu rechtfertigen haben. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass kaum ein Ereignis des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens in unserem Land nicht in irgendeiner Weise von der direkten Demokratie geprägt wird.

Erstaunlich aber ist, dass - trotz allem - die direkte Demokratie häufig unverstanden bleibt. Allzu oft wird sie schlecht erfasst, schief angesehen und oberflächlich erforscht. In der Schweiz ist sie in aller Munde und viele bedienen sich ihrer, doch nur wenige wissen, woher sie kommt, und

niemand wohin sie zieht. Sie wird verherrlicht oder verunglimpft; sie lässt gleichgültig oder wird für alles verantwortlich gemacht. Die kantonalen und regionalen Eigenheiten der direkten Demokratie sind ausserhalb ihres engen Bezirks unbekannt. Im Ausland stösst die Institution der direkten Demokratie auf steigendes Interesse, aber man hat oft Mühe, sie zu erfassen. An den Universitäten ist sie zwar Gegenstand von Lehrveranstaltungen, doch werden diese an verschiedenen Fakultäten (Rechtswissenschaften, Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften), abgehalten, und zwar meist in einer Weise, dass die unabdingbaren Wechselbeziehungen zwischen ihren einzelnen Elementen nicht erkannt, hervorgehoben und vertieft werden könnten. Es gibt zur Zeit in der Schweiz kein von einer Universität getragenes Institut oder Zentrum, das sich pluridisziplinär in Theorie und Praxis der Erforschung der rechtlichen, geschichtlichen und politologischen Aspekte der direkten Demokratie annimmt.

Mit dem ehrgeizigen Ziel, diese Lücken zu füllen, hat im Februar 1993 das *Département de droit constitutionnel* der Universität Genf, mit der Unterstützung des *Département d'histoire du droit*, des *Département d'histoire contemporaine* und des *Département de science politique* das **Centre d'études et de documentation sur la démocratie directe (C2D)** ins Leben gerufen.

2. Ziele des C2D

Das C2D setzt sich hauptsächlich zum Ziel:

- a) eine möglichst vollständige, computergespeicherte Dokumentation über die Institutionen der direkten Demokratie in der Schweiz und im Ausland zu erstellen;
- b) Forschungen auf dem Gebiet der direkten Demokratie anzuregen, durchzuführen und zu unterstützen, wobei eine pluridisziplinäre Perspektive, mit dem Hauptgewicht auf juristische Aspekte, als Rahmen zu gelten hat, mit dem Ziel, auch den Lehrbetrieb zu bereichern und zu fördern;

- c) Kolloquien und wissenschaftliche Tagungen zu organisieren, um Ideenaustausch und Kontakte unter den an direkter Demokratie interessierten Forscherinnen und Forschern anzuregen;
- d) den Behörden, den Universitäten und der Öffentlichkeit im In- und Ausland mit Auskünften, Ratschlägen und Gutachten zur Seite zu stehen.

Das *C2D* verfolgt bewusst einen interdisziplinären Ansatz zur Erforschung der direkten Demokratie. Rechts-, Geschichts-, und Politikwissenschaft müssen ihre Methoden und Arbeitsinstrumente einbringen, um die Entwicklung und das Funktionieren der direkten Demokratie besser erfassen und bekannt machen zu können. Deshalb setzt sich das *C2D* aus Angehörigen verschiedener Abteilungen und Fakultäten der Universität Genf zusammen, die sich um enge Zusammenarbeit mit anderen Universitäten, Instituten oder Zentren in der Schweiz und im Ausland bemühen.

Zu den Gründungsmitgliedern des *C2D* zählen Jean-François Aubert, Andreas Auer, Jean-Daniel Delley, Alfred Dufour, Jean-Claude Favez, Michel Hottelier, Hanspeter Kriesi, Giorgio Malinverni, Charles-Albert Morand, William Ossipow, Thierry Tanquerel.

3. Stand der Arbeiten

Das *C2D* hat von seinem Beginn an das Schwergewicht seiner Tätigkeit auf die Erstellung einer Datenbank für direkte Demokratie gelegt. Diese Datenbank wird eine möglichst vollständige Sammlung an Abstimmungsresultaten, Rechtsprechungen, Rechtsgrundlagen und Literaturverzeichnissen beinhalten. Dabei möchten wir uns nicht nur auf die Schweiz (Bundes- und Kantonebene) beschränken, sondern auch andere Länder, die direkt-demokratische Institutionen kennen, einbeziehen.

Momentan befinden wir uns in der Schlussphase der Konzeptplanung für die Datenbank, deren Programmierung bereits begonnen hat. Wir werden ab Herbst 1994 die ersten Daten zur Verfügung stellen können. Einer der grossen Vorteile unserer Datenbank bestehen darin, dass die Forscherinnen und Forscher unsere Daten ungeachtet ihres Standortes und unab-

hängig davon, ob sie mit einem Macintosh oder einem PC arbeiten, abrufen können. Dabei werden wir darauf achten, dass die Abfrageprozedur sehr anwenderfreundlich gestaltet wird. Es sind also nur elementare Informatikkenntnisse erforderlich, um unsere Datenbank effizient benutzen zu können.

Ab Dezember 1993 werden wir die während der ersten Monate zusammengetragenen Daten zur direkten Demokratie auf Bundesebene eintragen. Leider haben wir feststellen müssen, dass es in der Schweiz bis jetzt noch keine Datensammlung zu direkt-demokratischen Institutionen auf Kantonsebene gibt. Das *C2D* hat sich zum Ziel gesetzt, diesen schwerwiegenden Mangel so weit wie möglich zu beheben. Zugleich werden wir auch amerikanische Daten, vor allem jene aus Kalifornien, in unsere Datenbank aufnehmen. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass das Forschungsteam des *C2D* bereits eine stattliche Anzahl von Kontakten in der Schweiz, im übrigen Europa und in den USA geknüpft hat. Dank diesen Kontakten werden wir in der Lage sein, unsere Datensammlung auf dem aktuellsten Stand zu halten.

Das *C2D* hat überdies die Initiative zu einem pluridisziplinären Kolloquium ergriffen. Es soll im Frühling 1995 in Genf stattfinden und wird der Geschichte der direkten Demokratie gewidmet sein.

Das *C2D* möchte sich bei allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Instituten und Verwaltungen bedanken, welche uns bis anhin mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind. Zugleich bedanken wir uns im voraus bei all jenen, welche uns in Zukunft mit ihrer Zusammenarbeit unterstützen wollen!

ALEXANDRE TRECHSEL, GENÈVE

Personalia et contacts / Personalia und Kontakte

Direction:

Leitung: Jean-Daniel Delley / Andreas Auer

Assistants de recherche:

Forschungsassistenten: Alexandre Trechsel, Serge Zogg,
Claudio Mascotto, René Burri

Secrétariat:

Sekretariat: Daniela Delgado

Adresse:

c/o Département de droit constitutionnel, Faculté de droit,
UniMail, 102 Blvd. Carl Vogt, CH -1211 Genève 4

E-mail:

c2d@ibm.unige.ch

Téléphone:

Telefon: 022 705 85 20

Fax:

022 705 85 36

Veranstaltungskalender - Calendrier - Calendario - Chalender

1. Murtener Gesetzgebungsseminare

Die Seminare sollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch Referate, Erfahrungsaustausch und Gruppenarbeiten Kenntnisse vermitteln über praktische Methoden für die Erarbeitung von Gesetzen, über die sprachlich einfache und adressatengerechte Formulierung von Erlassen und über den Aufbau und die Systematik von Erlassen.

Seminarleitung:

*Prof.Dr. Thomas Fleiner-Gerster, Institut für Föderalismus, Freiburg
(037/21'95'92)*

*lic.phil. Werner Hauck, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern
(031/322'37'34)*

Seminar I

Thema: Allgemeine Fragen der Gesetzesredaktion
Datum: Mittwoch, 4. Mai - Freitag, 6. Mai 1994
Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
Referate: Thomas Fleiner
Wie schreibt man einfache Gesetze?
Normtypen und Gesetzmässigkeit der Gesetzessprache
Peter Gauch
"Vertrag als Gesetz der Parteien": Bemerkungen zu Doktrin und Praxis
Werner Hauck
Einfache Gesetzessprache. Nicht nur ein Sprachproblem
Daniel Thürer
Europarecht und Gesetzgebung von Bund und Kantonen

Seminar II

- Thema: Delegationsnormen und Übergangsrecht
 Datum: Mittwoch, 2. März - Freitag, 4. März 1994
 Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
 Referate: Thomas Fleiner
Die Formulierung der Delegationsnorm
 Die Formulierung von Übergangsbestimmungen
 Peter Hänni
Das Verhältnis von Gesetz und Verordnung im Lichte der Praxis des Bundesgerichts
 Werner Hauck
Was kann die sprachliche Prüfung von Erlassen leisten?
 Georg Müller
Die Verteilung der Rechtsetzungsbefugnisse im demokratischen Rechtsstaat

Seminar IV

- Thema: Konzeption und Gliederung von Erlassen
 Datum: Mittwoch, 9. März - Freitag, 11. März 1994
 Ort: Murten, Hotel "Weisses Kreuz"
 Referat: Georg Müller
Methoden und Kriterien für den Aufbau von Erlassen
 Gruppenarbeiten: *Die für die Konzeption und Gliederung von Erlassen massgebenden Gesichtspunkte im Raumplanungs- und Baurecht*
 Einführung: Alexander Ruch
Die für die Konzeption und Gliederung von Erlassen massgebenden Gesichtspunkte im Ausländerrecht
 Einführung: Daniel Thürer
Die für die Konzeption und Gliederung von Erlassen massgebenden Gesichtspunkte im Subventionsrecht
 Einführung: Paul Richli

2. Séminaires de méthode législative

Ces séminaires ont pour but de familiariser les participantes et participants avec la démarche méthodique en matière d'élaboration d'actes législatifs. Ils les amènent à s'interroger sur leur propre pratique et leur offrent la possibilité d'appliquer les méthodes et techniques proposées dans le cadre d'exercices pratiques. Les séminaires ne s'adressent pas seulement aux juristes. Ils sont ouverts à toutes les personnes qui s'intéressent aux problèmes posés par la préparation d'actes législatifs.

Direction des séminaires:

Jean-Daniel Delley, Centre d'étude, de technique et d'évaluation législatives, Faculté de droit, Université de Genève, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél.: 022/ 705 85 23 ou 022/ 705 85 34.

Session avancée sur le principe de la légalité

Aura lieu du 20 au 22 avril 1994, à Montreux.

Cette session permettra d'aborder les exigences découlant du principe de la légalité. Ces exigences diffèrent en fonction du domaine et du type d'intervention de l'Etat. Une attention particulière sera portée aux problèmes posés par la délégation de compétences législatives.

Session avancée sur la communication législative

Aura lieu du 25 au 27 mai 1994, à Montreux.

Les normes juridiques doivent être formulées et communiquées de manière à ce que, en principe, tout le monde puisse les connaître et les comprendre: Nul n'est censé ignorer la loi! Cette session sera consacrée particulièrement aux problèmes de rédaction et de communication de textes normatifs.

Session introductive

Aura lieu du 2 au 4 novembre 1994, à Montreux.

Cette session est destinée à donner une introduction à la démarche méthodique en matière d'élaboration d'actes législatifs. Comment procéder pour analyser et définir le problème à résoudre, pour déterminer les objectifs de l'action législative et pour choisir les instruments adéquats?

Renseignements et inscriptions:

Madame D. Ntarataze, Département de droit constitutionnel, Faculté de droit, UNI MAIL, Bd Carl-Vogt 102, 1211 Genève 4, tél.: 022/ 705 85 20/23, fax 022/ 705 85 36.

3. Mehrsprachigkeit im Alpenraum

Das Universitäre Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit der Universität Bern veranstaltet eine Tagung zum Thema Mehrsprachigkeit im Alpenraum. Gegenstand der Tagung sind die institutionelle und individuelle Mehrsprachigkeit im Alpenraum. Die geographischen Bedingungen der Alpen als Lebensraum, historische und politische Faktoren haben dazu geführt, dass auf dem Gebiet der heutigen Nationalstaaten verschiedene kleinere und grössere Sprachminderheiten entstanden sind. Manche von ihnen, wie die deutschsprachigen Walser im Piemont, haben nur noch wenige Überlebenschancen. Andere - wie die Rätromanen in Graubünden - kämpfen auf politischer und kultureller Ebene um ihr Weiterbestehen. Überall stellt sich die Frage nach der individuellen Mehrsprachigkeit und ihrer Förderung durch Schule und Staat. Die Einflüsse von Tourismus, ökonomisch motivierter Migration und politischem Autonomiebestreben führen zu unterschiedlichen Randbedingungen für die verschiedenen Sprachgemeinschaften. Eine Reihe von Referenten aus Italien, Österreich und der Schweiz wird über sprachwissenschaftliche, geographische, demographische und soziologische Aspekte der Mehrsprachigkeit im Alpenraum sprechen; Institutionen, die sich mit Minderheitenfragen beschäftigen, stellen ihre Arbeit vor.

Datum: Montag, 22. August - Mittwoch, 24. August 1994
Ort: Aula des alten Spitals, Brig-Glis

Organisation und Auskunft:

Prof. Dr. I. Werlen, Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit, Länggassstrasse 49, 3000 Bern 9, Tel.: 031 / 631 80 05, Fax: 031 / 631 36 03.

4. Internationale Konferenz zum Sprachenrecht

Die "International Academy of Language Law" (Montreal) und das Institut für Föderalismus der Universität Freiburg organisieren im September 1994 eine internationale Konferenz um Thema "Recht und Unterrichtssprache". Das Hauptthema der Konferenz umfasst alle Fragen im Zusammenhang mit dem Recht und der Sprache im Unterricht, insbesondere in mehrsprachigen Gebieten. Dabei wird sowohl die Unterrichtssprache als auch die unterrichtete Sprache berücksichtigt.

Datum: Mittwoch, 14. September - Samstag, 17. September 1994
Ort: Universität Freiburg

Organisation und Koordination:

Mme Joëlle Cousinou, Institut für Föderalismus, Rte d'Englisberg 7, 1763 Granges-Paccot, Tel.: 037 / 219 591, Fax: 037 / 219 701

Teilnahmegebühr:

Die Gebühr wird Fr. 300.-- betragen; inbegriffen sind: Teilnahme an der Konferenz, zwei Mittagmahlzeiten (Donnerstag und Freitag), ein Abendessen, Kaffees usw., Zustellung der gesammelten publizierten Beiträge.

5. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaften 1994

Thema: Sprachkontakte, Mehrsprachigkeit, Übersetzung
 Datum: Mittwoch, 9. März - Freitag, 11. März 1994
 Ort: Münster (BRD)

Auskunft:

Rudolf Emons, Philosophische Fakultät, Universität Passau, Innstrasse
 40, D-94030 Passau, Tel.: 0851/509-262.

6. Seminar zur Gesetzgebungslehre an der Universität Wien

Datum: Donnerstag 21. April - Freitag, 22. April 1994
 Ort: Universität Wien, Juridicum, Seminarraum 61
 Referate: Dr. Ursula Achtsnit
Gesetzesinflation und die Devaluierung des Rechts
 Mag. Manfred Bohuslav
*Wiederverlautbarungen als Instrument der Rechtsbereini-
 gung*
 Robert Brunner
Selbstbindungsgesetze
 Dr. SC Dr. Walter Dohr
*Kann die Gesetzgebung von der Kontrolltätigkeit der
 Volksanwaltschaft profitieren?*
 Thomas Frad
Überlegungen zu einer Neufassung des ÖH-Gesetzes
 Ing. Mag. Winfried Ginzinger
Methoden der materiellen Derogation
 Dr. Meinrad Handstanger
Staatsorganisation
 Mag. Norbert Knittler
Psychoanalyse der Gesetzgebung
 Rechtsanwalt Dr. Alfred Noll
Entwicklung des Gleichheitsgrundsatzes

Dr. Karl Purzner
*Übermäßige Verrechtlichung aus kulturpathologischer
Sicht*
Mag. Peter Stastny
Vefassungsdemontage
MR Mag. Dr. Gerhard Ungersböck
Geschichte der Rechtsbereinigung in Österreich
SC Dr. Friedrich Wirth
Rechtsbereinigung und ASVG

Im Wintersemester 1994/95 wird das Seminar "Gesetzgebungslehre" am 3. und 4. November 1994 stattfinden.

7. International Conference on Legal Language

The aim of the conference is to support the dialogue between lawyers concerned with linguistics and linguists concerned with law and specializing in legal language. Cooperation and interchange between the two groups are of utmost importance to strengthen and further develop the work of the both parties.

The plenary lectures of the conference will be given by lawyers, and by linguists.

Date: August 24 to 27, 1994
Place: The Aarhus School of Business, Aarhus, Denmark

The conference will take the form of paper sections and workshops. Especially, the workshops will focus on the exchange of experience between lawyers and linguists. We anticipate a wide range of subjects in the field of law and linguistics. At present, the following topics have been proposed:

Sections:

- Comprehensibility of legal language
- Discourse analysis and law
- Legal linguistics
- Translation of legal texts

- Workshops:
- Legal lexicography
 - Methods of analysing legal language
 - Legal usage
 - Practical translation
 - Plain legal language
 - Problems for lawyers in going plain
 - "The devil's advocate: Can linguistics and law be of mutual help?"

Information and Registration:

Jan Engberg, The Aarhus School of Business, Fuglesangs Alle 4, 8210 Aarhus V, Denmark, Phone: + 45 86 155588; Fax: + 45 86 157727.